

Ressort: Politik

Ökonom: Verbleib Griechenlands in Eurozone "auf Messers Schneide"

Berlin, 27.03.2015, 14:08 Uhr

GDN - Nach Einschätzungen von Ökonomen in Deutschland könnte Griechenland schon in wenigen Tagen das Geld ausgehen: "Es steht auf Messers Schneide, ob Griechenland in der Währungsunion bleibt oder nicht", sagte der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer, dem "Handelsblatt" (Online-Ausgabe). "Aber die Bereitschaft der Geberländer zu einem faulen Kompromiss mit Griechenland scheint zuletzt etwas zugenommen zu haben, auch weil man einen größeren Einfluss Russlands in Griechenland fürchtet."

Dessen ungeachtet hält Krämer drei Lösungsansätze für möglich. Entweder knicke der griechische Regierungschef Alexis Tsipras ein und verpflichte sich zu konkreten, nachprüfbar Reformen, was es der Staatengemeinschaft erlauben würde, die Hilfskredite auszuzahlen. Oder die Staatengemeinschaft knicke ein, akzeptiere ein faktisches Aufweichen der Reformauflagen und gebe die Zahlungen frei. Oder Griechenland werde zahlungsunfähig, wenn sich keine der beiden Seiten bewegt. "Das würde die EZB zwingen, die dann insolventen griechischen Banken von der Liquiditätsversorgung abzuklemmen, was faktisch ein Ausscheiden aus der Währungsunion bedeutete", erläuterte Krämer. "Griechenland ginge dann durch eine Phase des ökonomischen Chaos." Auch der Chefvolkswirt der Dekabank, Ulrich Kater, hält einen Euro-Austritt Griechenlands für ein mögliches Szenario. "Fällt das Reformbekenntnis in Griechenland nicht überzeugend genug aus, um wenigstens eine Brückenfinanzierung zu rechtfertigen, dann wird es noch unübersichtlicher", sagte Kater dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe). Kapitalverkehrskontrollen seien dann ein erster Schritt. "Weil das Chaos dann schnell weiter zunehmen würde, treibt Griechenland dann auf einen Austritt zu." Hierzu könnten nach Einschätzung Katers jedoch ein Referendum oder Neuwahlen notwendig erscheinen, was "die Zeit der Tatenlosigkeit" weiter verlängern würde. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, sieht ein großes Risiko darin, dass die griechischen Banken auf Notkredite angewiesen sind, die die Europäische Zentralbank (EZB) regelmäßig neu bewilligen muss. Das größte Problem für Griechenland liege daher kurzfristig auch nicht in einer Zahlungsunfähigkeit des Staates. Denn Athen müsse zurzeit kaum Schulden zurückzahlen. "Die größte Gefahr für Athen liegt bei den griechischen Banken, die faktisch insolvent sind und nur noch durch die EZB künstlich am Leben gehalten werden", sagte der DIW-Chef dem "Handelsblatt" (Onlineausgabe). Dringend notwendig seien daher ein "klarer Plan und eine Einigung zwischen Athen und Brüssel", um wieder Vertrauen in die Handlungsfähigkeit Griechenlands zu schaffen. "Vertrauen ist der Schlüssel, um die Kapitalflucht aus Griechenland zu stoppen, die Steuermoral zu verbessern und private Investitionen zu fördern", sagte Fratzscher.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-52099/oekonom-verbleib-griechenlands-in-eurozone-auf-messers-schneide.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619